

Krise, Staat und die Radikalisierung des Neoliberalismus¹

Jens Wissel

Unmittelbar nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 konnten sich Staat und Politik noch als Retter und Wahrer des gesellschaftlichen Gemeinwohls gerieren, insbesondere der Staat als gesellschaftliche Steuerungsinstanz feierte ein erstaunliches Comeback. Er war es, der scheinbar wieder für Vernunft sorgen musste, in einem moralisch völlig aus den Fugen geratenen Finanzsystem. Auch in linken Kreisen wuchs die Hoffnung, der Staat könnte die Deregulierung der letzten dreißig Jahre rückgängig machen. Spätestens Anfang 2010 ist aus der ökonomischen Krise auch eine politische und in Teilen Europas eine Staatskrise geworden. Die großspurig angekündigten Regulierungen sind weitgehend im Sand verlaufen, weil sie nicht durchsetzbar waren (Redak/Weber 2010).² Gleichzeitig haben sich einige Staaten durch die Konjunkturprogramme und die Bankenrettungen derart verschuldet, dass ihnen der Staatsbankrott droht. Es wird immer deutlicher, wer die Kosten der Krise tragen soll. Die Staatsinterventionen zur Rettung der Banken, wie die Austeritätsprogramme, laufen, wenn sie gelingen, auf eine gigantische »Kapitalsanierung« auf Kosten der Subalternen hinaus.

Die Europäische Union ist von der politischen Krise besonders betroffen, weil sie zwar einen Binnenmarkt geschaffen hat und eine gemeinsame Währung, gleichzeitig aber politisch fragmentiert geblieben ist. Zudem ist der »Euroraum« ökonomisch und sozial höchst heterogen.

In der Krise scheint sich die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise zu radikalisieren. Griechenland, Spanien, Italien und Portugal werden durch eine verstärkte Austeritätspolitik in die Rezession getrieben und, sofern sie sich unter den »Euro-Rettungsschirm« begeben, politisch einer technokratischen Herrschaft, bestehend aus Europäischer Kommission, EZB und IWF, unterworfen. Deutschland und Frankreich geben die Richtung vor, wobei die nationalen Egoisten immer deutlicher zu Tage treten. Diese Politik wird die gesellschaftlichen Konflikte zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten verstärken und die Brüche in der Union vergrößern.

Während sich der Neoliberalismus radikalisiert und zunehmend autoritär gegen die betroffenen Bevölkerungen durchgesetzt wird, gerät er in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Hegemonie selbst in die Krise. Er scheint seine Plausibilität nicht nur bei den Subalternen zu verlieren; das Scheitern neoliberaler Krisenpolitik führt auch dazu, dass das neoliberale Projekt in unterschiedliche Richtungen zu zerfallen droht.

Der Verlust an Legitimität neoliberaler Politiken und die gleichzeitige radikalisierte autoritäre Durchsetzung bringt die Gefahr einer Eskalation der Krise mit sich. In vielen osteuropäischen Mitgliedsstaaten ist schon jetzt ein deutliches Aufleben rechtsextremer Bewegungen zu beobachten. Neben den ökonomischen Problemen und den in diesem Zusammenhang auftretenden nationalen Egoisten droht auch von hier eine Renationalisierung von Politiken in der EU.

Gleichzeitig hat mit den *Indignados* eine neue europäische Bewegung die Bühne betreten. Noch ist es nicht absehbar, inwieweit diese Bewegung die politische Konstellation nachhaltig verändern kann. Nur wenn es gelingt, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse entscheidend zu verschieben, könnte die radikalisierte Umverteilung von unten nach oben und der autoritäre Umbau der EU aufgehalten werden. Sollte dies nicht gelingen, werden die massiven sozialpolitischen Einschnitte, die Lohn- und Rentenkürzungen sowie die Veräußerung öffentlicher Infrastruktur, wie sie in Griechenland, Spanien und Großbritannien besonders deutlich zu beobachten sind, nur der Anfang einer erneuten Umverteilungswelle sein.

Vieles deutet darauf hin, dass sich die politischen Auseinandersetzungen im Zuge der Krise verschärfen werden. Es ist daher notwendig, die Krise nicht nur ökonomisch zu analysieren, sondern auch in ihrer politischen Dimension. Hierfür werde ich im Folgenden kurz die innere Struktur der Europäischen Union darstellen, weil sie zurzeit im Zentrum der politischen Krise steht. In einem weiteren Schritt werde ich darlegen, wie das neoliberale Hegemonieprojekt in der Krise in unterschiedliche Strömungen auseinander zu driften droht und eine autoritär-neoliberale Krisenlösungsstrategie die Führung übernimmt. Die Analyse fußt auf einer im Rahmen des Forschungsprojektes »Staatsprojekt Europa« am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main vorgenommene Sozialstrukturanalyse von Spanien, Großbritannien und Deutschland sowie auf der Inhaltsanalyse europäischer Zeitungen für den Zeitraum vom 1. 5. 2011 bis zum 30. 10. 2011 (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, die tageszeitung, Financial Times und El País, ausführlich Buckel u. a. 2012).³ Abschließend wird der Frage nachgegangen, welche Gefahren und Chancen sich aus der neuen Konstellation für emanzipatorische Bewegungen ergeben.

Die vereinigten Staatsapparate von Europa

Die aktuelle Krise äußert sich zurzeit in der Europäischen Union in besonderem Maße, obwohl beispielsweise Japan oder die USA weitaus höher verschuldet sind. Der Grund hierfür liegt in einer Reihe von Besonderheiten, die sie sowohl von einem funktionierenden Nationalstaat als auch von internationalen Organisationen unterscheidet. In der Integrationsforschung wird die Europäische Union gerne als Organisation *sui generis* (Jachtenfuchs 1997) beschrieben, um diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen.

Folgt man den Erkenntnissen materialistischer Staatstheorie sowie der Scale-Debatte in der *critical geography*, werden die Nationalstaaten und die einzelnen nationalstaatlichen Apparate in der Europäischen Union Teil einer mehrere räumliche Bezugsebenen übergreifenden Restrukturierung politischer und ökonomischer Zusammenhänge (vgl. Jessop 2008: 198-224; Wolff 2012). Dabei sind nicht nur europäische (Quasi-)Staatsapparate (Europäische Kommission, EuGH, EZB, eine Vielzahl von Agenturen) entstanden, auch die nationalen Staatsapparate haben sich in diesem Prozess innerlich europäisiert. Die EU hat eine eigene Währung, eine eigene Außen- und mittlerweile auch eine eigene »Sicherheitspolitik«. Spätestens mit der Gründung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex 2005 ist ein europäisches Grenzregime entstanden (hierzu Buckel/Wissel 2010). Es gibt also, selbst wenn aufgrund der fehlenden Kohärenz und der inneren Fragmentierung sowie dem fehlenden Gewaltmonopol kaum von einem Staat gesprochen werden kann, eine europäische

Staatlichkeit (Altvater 2007: 86-89; siehe auch Bornschiefer 2000; Puntischer Riekemann/Mokre/Latzer 2004). Die Europäische Union ist eine neue Form der politischen Herrschaftsorganisation.

In der materialistischen Staatstheorie wird der Staat nicht als einheitlicher Akteur verstanden. Die einzelnen Staatsapparate sind in je spezifischer Weise mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verbunden, so dass der Staat als komplexes Ensemble aus konkurrierenden Macht- und Entscheidungszentren innerhalb von staatlichen Apparaten und zwischen diesen, bestehend aus einer »Vielzahl zerstreuter Mikropraktiken« (Poulantzas 2002: 176), verstanden werden muss.

Der Nationalstaat ist aus dieser Perspektive ein höchst komplexes und heterogenes Gebilde, das allenfalls als einheitliches Machtdispositiv erscheint, beziehungsweise unter bestimmten Voraussetzungen als ein solches auftreten kann. Durch die Existenz einer formal von allen gesellschaftlichen Kräften getrennten Zwangsgewalt und mit dem Verzicht auf direkte Gewaltanwendung im ökonomischen Verkehr können die Widersprüche einer in Klassen gespaltenen und von vergeschlechtlichten und ethnifizierten Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft prozessierbar gemacht werden (vgl. Hirsch 1995: 19). Das staatliche Gewaltmonopol ermöglicht auch die Formierung eines selbst von inneren Konkurrenzen durchzogenen hegemonialen Projektes, das in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die Führung übernimmt. In einem variablen Spiel aus vorläufigen Kompromissen innerhalb des Machtblocks und mit den Subalternen entsteht eine relative Autonomie des Staates gegenüber den einzelnen Fraktionen des Machtblocks. Die Apparate, wie der Staat als Ganzes, sind geprägt von einer spezifischen strukturellen Selektivität, so dass nicht alle Interessen gleichermaßen zur Geltung kommen (Siehe Poulantzas 2002: 165 f.; Jessop 2008: 125 f.). Die Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaftsformation übertragen sich also nicht eins zu eins auf den Staat. Sie müssen sich vielmehr »der Materialität der verschiedenen Apparate« anpassen, kristallisieren »sich im Staat nur in gebrochener und differenzierter, den Apparaten entsprechender Form« (Poulantzas 2002: 162; zum Begriff der Kräfteverhältnisse siehe Wissel 2010).

Die EU kann als neues Staatsprojekt, genauer als ein »State spatial project« (Brenner 2004: 84; siehe auch Wissen 2011: 91 ff.; Jessop 2008: 178 ff. und 212 ff.), betrachtet werden, in dessen Rahmen sich neue Hierarchien zwischen den unterschiedlichen Staatsapparaten und Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene sowie eine neue skalare Struktur herausbilden. Das europäische Staatsprojekt, das im Rahmen der »Internationalisierung des Staates« entsteht, konkurriert dabei mit den unterschiedlichen nationalen Staatsprojekten. Verhältnis und Stellung der einzelnen europäischen und nationalen Apparate zueinander sind relativ flexibel und das Ergebnis eines permanenten Aushandlungsprozesses, weil es noch keinen eindeutigen hegemonialen Konsens über die Hierarchie der räumlichen Bezugsebenen gibt. In dem Staatsprojekt verdichten sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte, die sich auf den institutionellen Aufbau des Staates beziehungsweise des Apparate-Ensembles in Europa beziehen. Das heißt, die Europäische Union und die jeweiligen nationalen und europäischen Apparate sind nicht nur von den gesellschaftlichen Widersprüchen durchzogen, sondern in stärkerem Maße auch von den Konkurrenzen der unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen untereinander. Die unterschiedlichen Scales stehen dabei nicht in einem äußerlichen Verhältnis zueinander, sondern sind aufgrund der gegenseitigen Durchdringung ineinander verschränkt. Die EU

hat den Rahmen, in dem die Interessensgegensätze und die Konkurrenzen zustande kommen und ausgetragen werden, nachhaltig verändert, verschwunden sind sie aber keineswegs. Europa bleibt politisch in hohem Maße fragmentiert (vgl. Pollack/Wallace/Young 2010: 486-487).

Innerhalb der EU sind die Ebenen, auf denen Projekte durchgesetzt werden, flexibler als im Nationalstaat, weil ein intensiver Konflikt über den Sitz der Macht im Gange ist (Demirovic 2001: 154). Dadurch wird in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen je nach Kalkül sehr viel schneller zwischen den unterschiedlichen Foren (*forum-shifting*) und Bezugsebenen (*scale-jumping*) gewechselt (vgl. Wissen 2011: 99). Dies hat mindestens zwei Effekte. Zum einen entstehen in dieser flexiblen Rekonfiguration von nationalen Staatsapparaten und europäischen staatsapparativen Gebilden spezifische Machttechnologien, die zu einer Erweiterung informeller Politikformen und damit zur Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren führen (Poulantzas 2002: 87; Kannankulam 2008; für Europa siehe Oberndorfer 2012; Sauer 2001; siehe auch Heritier 1999). Diese Konstellation, die die strukturelle Selektivität im europäischen Staatsapparate-Ensemble zuungunsten der Subalternen verstärkt hat, ist ein Grund für die fragile Legitimität der EU. Zum anderen ist das Forum-Shifting und Scale-shifting auch deshalb für die Europäische Union problematisch, weil politische Konjunkturen und taktisches Kalkül darüber entscheiden, auf welcher Ebene und in welchem institutionellen Kontext Entscheidungen forciert werden. Ein klarer Konsens über die Terrains der Auseinandersetzung kann so nicht erzielt werden. Hinzu kommt, dass die Autonomie der Europäischen Union gegenüber den großen Nationalstaaten schwach ausgeprägt ist. Sie ist auf deren Kooperation angewiesen. Viele Beispiele belegen, dass gegen die großen Nationalstaaten keine Entscheidungen getroffen werden können. Deutlich zeigte sich dies, als Frankreich und Deutschland in den Jahren 2002, 2003 und 2004, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen, die Defizitkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Währungsunion nicht erfüllten (Siehe European Parliament 2004). In der jetzigen Situation zeigt sich dies in der Führungsrolle, die Deutschland und Frankreich in der Krisenbearbeitung übernommen haben.

Das europäische Staatsprojekt hat sich aus der Krise der fordistischen Integrationsweise heraus entwickelt. Der Versuch einer keynesianischen europäischen Wirtschaftsprogrammierung und Politikkoordination geriet Ende der 1970er Jahre zunehmend unter Druck, und die europäischen Institutionen sahen sich einer Renationalisierung der Politiken in den Mitgliedsstaaten gegenüber. Mit dem Übergang zu einer wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise konnte die Krise des Integrationsprozesses überwunden werden. Seit 1985 ist eine beschleunigte Integration zu beobachten, bei der mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Vertrag von Maastricht die institutionelle Struktur der EU weiterentwickelt wurde. Zentrales Element der neuen Integrationsweise war das Binnenmarktprojekt, mit dem ein umfassender Deregulierungs- und Liberalisierungsschub in Bewegung gesetzt wurde (siehe Tömmel 2008: 35; Ziltener 1999: 196; Genetti 2010: 173). Dieser leitete einen weitgehenden wirtschaftlichen Strukturwandel ein. Mit dem Projekt der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion konnte eine auf monetäre Stabilisierung ausgerichtete Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden. »Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat in Verbindung mit den Vorgaben der Konvergenzkriterien zu einem engen ›Austeritätskorsett‹ für Staatlichkeit in Europa geführt« (Ziltener

1999: 196). Dieses Korsett verstärkte den wettbewerbsstaatlichen Umbau in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Allgemein kann von einem Übergang zu einer Konkurrenzregulierung, einer weiteren Durchkapitalisierung der europäischen Gesellschaften sowie von einer Transformation des »erweiterten Staates« durch Ausbreitung »staatlich-privater Netzwerke« gesprochen werden (vgl. Hirsch 2005: 154). In diesem Prozess hat es die Europäische Kommission vermocht, ihre Kompetenzen auszubauen und die supranationalen Instanzen in der EU zu stärken. Der Umbau der Europäischen Union sowie der Mitgliedsstaaten hat zu einem neuen Konstitutionalismus (Gill 2000: 43 ff.) geführt, durch den die jeweiligen Gesellschaften zunehmend einem disziplinierenden Neoliberalismus unterworfen wurden.

Allgemein hat sich die Hierarchie der Staatsapparate in diesem Prozess zuungunsten der Apparate verschoben, die mit den gesellschaftlichen Kompromissen des Fordismus verbunden waren (zum Beispiel Arbeits- und Sozialministerien). Aufgestiegen, beziehungsweise wie im Fall der EU neu gegründet, sind Apparate wie etwa die »central banks, more directly concerned with and closely linked to the social forces and international institutions associated with globalization« (Panitch/Gindin 2003 – 2004: 11). Zunehmend wurden die dominanten Apparate, wie etwa die neu geschaffene Europäische Zentralbank, der demokratischen Kontrolle entzogen. Es ist kein Zufall, dass die EZB die einzige europäische Institution ist, die in der aktuellen Krise eine bedeutende Rolle spielt, indem sie Staatsanleihen kauft und die Zinsen niedrig hält. Ihr Handeln und ihre Kompetenzen bleiben dabei allerdings im höchsten Maße umkämpft. Die EZB ist im Unterschied zu einer nationalen Zentralbank noch kein »Lender of last resort« (vgl. Krugman 2011; Walter/Bergheim 2008). Hier liegt eines der Probleme in der aktuellen Krise.

Mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise seit Mitte der 1980er Jahre wurde die EG (EU) zu einem wichtigen Stützpunkt der europäisierten und in Ansätzen transnationalisierten Klassenfraktionen. Dies äußert sich auch in der Organisation des europäischen Staatsprojektes, für das europäische und transnationale Institutionen und Organisationen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dazu zählt mittlerweile eine weitverzweigte Institutionalisierung auf europäischer (EuGH, Europäische Kommission, unzählige europäische Agenturen etc.) und auf globaler Ebene (WTO, IWF, UNO, NATO etc.), aber auch ein dichtes Netz zur transnationalen Interessensorganisation in Form von Think Tanks, Verlagen, Instituten etc. (vgl. van Apeldoorn 2000; Walpen 2004; siehe auch Carroll 2010: 155-178).

Die Bemühungen der Europäischen Kommission, eine europäische Zivilgesellschaft zu organisieren, waren nicht besonders erfolgreich. Bei den meisten AkteurInnen handelt es sich um ökonomische AkteurInnen. Damit fehlt der EU ein entscheidendes Terrain, auf dem (asymmetrische) Kompromisse mit den Subalternen erzielt werden könnten. Subalterne Interessen kommen in der EU oft nur vermittelt über die nationalen Staatsapparate zum Tragen. Zwar können die dominanten AkteurInnen, wenn sich die großen Nationalstaaten einig sind, leichter Entscheidungen herbeiführen, die im nationalen Rahmen auf gesellschaftlichen Widerstand stießen, gleichzeitig kann es aber auf der europäischen Ebene auch nicht zu einer auf zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen gestützten hegemonialen Verankerung von Macht kommen. Ohne eine ausgeprägte Zivilgesellschaft fehlen der EU deshalb die entsprechenden Strukturen, die Schutz bieten könnten vor den katastrophischen Einbrüchen der Ökonomie (Gramsci 1991 – 2002: §24, 1589). Ökonomische Krisen

werden damit sehr schnell zu politischen Krisen. Zudem sind die Institutionen der EU in hohem Maße abhängig vom Lobbying mächtiger privater AkteurInnen (vgl. Eberhardt 2012). Das heißt, die EU hat auch gegenüber mächtigen gesellschaftlichen AkteurInnen eine nur schwach ausgeprägte Autonomie.

Das europäische Staatsapparate-Ensemble hat also noch keinesfalls eine ähnlich gefestigte Struktur wie ein funktionierender bürgerlicher Staat. Zwar kommt es in Staaten immer zu Auseinandersetzungen, in deren Rahmen sich die Hierarchien der unterschiedlichen Staatsapparate zueinander verändern, aber zumindest die zentralen Terrains und Abläufe der Auseinandersetzung unterliegen einer stärkeren Reglementierung, Tradierung und vor allem einem hegemonialen Konsens (Wissel 2007, 71-77).

Das neoliberale Hegemonieprojekt

Seit Mitte der 1980er Jahre hat das neoliberale Hegemonieprojekt die Führung in Europa übernommen, und die EU wurde, wie angedeutet, umgebaut. Gleichwohl ist es nicht einfach, dem »Neoliberalismus« ein einheitliches Denkgebäude zu unterstellen. Die zentralen Parameter des Neoliberalismus haben sich in den letzten Jahrzehnten verallgemeinert, sodass verschiedene gesellschaftliche Strömungen in das Projekt integriert werden konnten. Es ist dennoch möglich, ein über längere Zeit relativ stabiles neoliberales Projekt zu identifizieren (Zum folgenden Abschnitt siehe ausführlich die Analyse in Buckel u. a. 2012: 26 ff.; sowie Georgi/Kannankulam 2011: 34 ff.).

Ein Hegemonieprojekt ist eine analytisch entwickelte Abstraktion und im Unterschied zu einem Bündnis nicht bewusst organisiert. Mit dem Begriff des Hegemonieprojekts wird vielmehr versucht, die »unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien in einer analytischen Kategorie fassbar zu machen« (Buckel u. a. 2012: 22). Hegemonieprojekte sind demnach gesellschaftliche Verdichtungen, die sich in den sozialen Auseinandersetzungen verändern und in den politischen Institutionen und in den Apparaten des Staates in transformierter Weise materialisieren (vgl. Georgi/Kannankulam 2011).

Die grundlegende *Strategie*, die sich im neoliberalen Hegemonieprojekt herausbildete und bis zum Ausbruch der Krise 2008 zentral blieb, ist der wettbewerbsstaatliche Umbau nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und aller staatlichen Aufgaben. In Bezug auf die Europäische Union konzentriert sich die Strategie auf das politische Projekt des Binnenmarktes. Politische Leitlinien sind die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen, die Finanzialisierung der Ökonomie sowie der Abbau staatlicher Regulierungen. Zentrales Anliegen ist die Internationalisierung von Kapital, Handel, Produktions- und Versorgungsketten im Rahmen einer neokolonialen internationalen Arbeitsteilung.

Die *soziale Basis* dieses Projekts sind die Schlüsselsektoren des globalisierten, postfordistischen Akkumulationsregimes: eine transnational orientierte Klasse (vgl. Wissel 2007: 119 ff.), organisiert in der Finanzwirtschaft und den großen transnationalen Konzernen und deren Netzwerken (vgl. van Apeldoorn 2009). Hinzu kommen aber auch privilegierte und hochqualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen des globalen Nordens, Selbständige sowie Teile der Staatsbürokratie und Vermögensbesitzende (Gill 1998: 12 f.). Es wird getragen von den zentralen Branchen des gegenwärtigen Akkumulationsregimes, den transnationalen Industriekonzernen und der

Finanzindustrie. Diese haben gleichzeitig auch auf einer ideologisch-diskursiven Ebene eine Führungsrolle inne. Eine wichtige Rolle spielen hierbei Think Tanks und wissenschaftliche Institutionen. Insbesondere die neoklassisch dominierten Wirtschaftswissenschaften, die im Neoliberalismus zur Leitwissenschaft aufgestiegen sind, können als Teil des Projekts gesehen werden. Zur Durchsetzung seiner Ziele ist das neoliberale Hegemonieprojekt außerordentlich gut mit Ressourcen ausgestattet. Aufgrund ihrer Stellung sind die AkteurInnen dieses Projekts in der Lage, »eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen« (Offe 1969: 146), das heißt, die Entscheidung zu Arbeitsplätzen, Arbeitsbedingungen und Investitionen von der Annahme ihrer Forderungen abhängig zu machen. Der Umsatz transnationaler Konzerne entspricht dem Bruttosozialprodukt mittlerer Volkswirtschaften (Gill 1998: 7), und ihre Milliarden Gewinne werden nicht zuletzt in extensive Lobbyismus-Netzwerke investiert. Die ProtagonistInnen des Projektes stehen in engem Kontakt zu den europäischen Regierungen. Es ist kein Zufall, dass der italienische Regierungschef Mario Monti, der griechische Premierminister Loukas Papademos und der Chef der Europäischen Zentralbank Mario Draghi – allesamt während der Krise an die Macht gekommen – Mitarbeiter bei der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs waren (Zum Lobbyismus in Brüssel siehe Eberhardt 2012).

Radikale Austeritätspolitik und autoritärer Neoliberalismus in der Krise

Hegemonietheoretisch stellt sich die aktuelle europäische Krise im Kern als Krise des neoliberalen Projekts und der in den letzten dreißig Jahren geschaffenen apparativen Struktur der EU dar. Die einseitige ökonomische Integration über den Binnenmarkt, die Währungsunion und eine in den Konvergenzkriterien festgeschriebene Austeritätspolitik ist das Ergebnis der Dominanz des neoliberalen Hegemonieprojektes. Die Folge davon ist, dass die Union gegenwärtig institutionell nicht in der Lage ist, durch makroökonomische Steuerungs- und Ausgleichsmechanismen auf die Staatsschuldenkrise der Mitgliedsstaaten zu reagieren. Die Krise des neoliberalen Hegemonieprojektes führt aber keineswegs zu einer Abkehr von der herrschenden Politik. Im Gegenteil, neoliberale Politik ist weiterhin fest in Institutionen und Alltagspraxen verankert. Auch die Macht der zentralen AkteurInnen, insbesondere der Finanzindustrie, scheint ungebrochen (vgl. Scherrer 2008). Neoliberale Praktiken radikalieren sich sogar, und zunehmend ist die Bereitschaft zu beobachten, die zentralen Elemente neoliberaler Krisenlösungsstrategien auch autoritär gegen die Bevölkerungen durchzusetzen. Die Tatsache, dass die gesellschaftlichen Konflikte zunehmen und die Versuche einer Krisenlösung zu scheitern drohen, hat allerdings gravierende Auswirkungen auf die neoliberale Kräftekonstellation, welche dadurch selbst in die Krise gerät. Dies zeigt sich in der tendenziellen Auflösung eines einheitlichen Hegemonieprojektes und dem Auseinanderdriften verschiedener, zum Teil gegensätzlicher Strategien. In der vorgenommenen Analyse ließen sich vier strategische Suchprozesse innerhalb des bisherigen neoliberalen Hegemonieprojektes ausmachen (ausführlich hierzu Buckel u. a. 2012):

1. Eine *autoritär-neoliberale Strategie*, die in der aktuellen Konstellation die Führung zu übernehmen scheint, verfolgen vor allem die deutsche Exportindustrie sowie die transnationalen Konzernen, die im *European Round Table of Industrialists* und *Businesseurope* organisiert sind.⁴ Nach wie vor ist hier der Binnenmarkt das

entscheidende politische Projekt. Gemeinsame europäische Staatsanleihen (Eurobonds) sollen so schnell wie möglich eingeführt werden, denn wenn die Eurozone zerbrechen, seien die exportorientierten Unternehmen am ärgsten betroffen. Sollte nämlich erneut die D-Mark eingeführt werden, komme es zu einer enormen Aufwertung der deutschen Währung und damit zu einer Verteuerung der Exporte, was zu einem Absatzrückgang um bis zu 10 Prozent führe. Die britische Finanzindustrie bangt um die Rückzahlung ihrer Kredite durch die südlichen Mitgliedsstaaten und ist von der Lösung der Euro-Krise abhängig. Der britischen Exportbranche geht es ähnlich, 40 Prozent ihrer Ausfuhren gehen in die EU. Trotz der tendenziell euro-skeptischen Haltung relevanter Teile der britischen Eliten, organisiert unter anderem im rechten Flügel der Tories, sind mächtige britische Kapitalfraktionen so stark von der europäischen Wirtschaft abhängig, dass die britische Regierung weitgehende Maßnahmen zur Rettung des Euros verlangt.⁵ Diese Strategien versuchen, das alte neoliberale Projekt, den »disziplinären Neoliberalismus« (Gill 1998), zu retten, indem die zweite wesentliche Komponente neben den Eurobonds eine Verstärkung der Austeritätspolitik ist. Dies soll durch die Verknüpfung von Eurobonds mit harten Bedingungen geschehen: mit der Einführung der Schuldenbremse (welche die sozialistische spanische Regierung bereits in vorsehendem Gehorsam nach einem Staatsbesuch der deutschen Kanzlerin eingeführt hatte⁶), sowie der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und der Durchsetzung von Verwaltungsrationisierungen. Wer diese Auflagen breche, müsse entweder mit dem Ausschluss aus der Eurozone rechnen⁷ oder aber mit automatischen Sanktionen. Weswegen der Präsident der deutschen Arbeitgeber und Vizevorsitzende von *BusinessEurope*, Dieter Hundt, auch von »Maastricht II« spricht.⁸ Diese Strategie verlangt die »Stärkung« europäischer Institutionen, das heißt, eine Abgabe nationaler Souveränität über Haushalts- und Finanzpolitik. Insbesondere die Überwachung der Haushaltspolitik aber auch der Eurobonds erfordern Vertragsrevisionen, für die sich europäische Politiker wie der ausgeschiedene EZB-Präsident Jean-Claude Trichet seit Langem einsetzen.⁹

2. Insbesondere die starken neoliberalen Strömungen der europäischen sozialdemokratischen Parteien verfolgen weiterhin eine *proeuropäisch-neoliberale Strategie*. Ein markantes Beispiel ist Peer Steinbrück, der als deutscher Finanzminister wesentlich zur Deregulierung der Finanzmärkte beigetragen hatte, nun aber ihre Regulierung fordert. Riskante Spekulationen sollen drastischen Einschränkungen unterworfen werden, die »grauen Finanzmärkte« ausgetrocknet und der Handel mit Kreditausfallversicherungen und Warentermingeschäften verboten werden; ebenso die Spekulationen mit Rohstoffen. Zudem sollen Kredit- und Investmentbankgeschäfte voneinander getrennt werden. Damit integrieren diese proeuropäisch-neoliberalen Strategien Forderungen, die aus Neoliberalismus-kritischen Zusammenhängen – etwa von Attac und Teilen der Gewerkschaften – stammen, spalten aber zugleich deren weitergehende Forderung nach Umverteilung ab. Diese *Strategie der Reregulierung* verbindet sich mit Strategien der Versicherungsbranchen und Vermögensbesitzenden, die ebenfalls auf eine – wenn auch wesentlich basalere – Reregulierung setzen, um den Zerfall des Euros zu verhindern. Der liberaldemokratische britische Wirtschaftsminister Vincent Cable argumentiert ähnlich, wenn er in der *Financial Times* einen ökologischen Umbau des Kapitalismus als Krisenlösung propagiert und zugleich pointiert formuliert: »What we

have is a crisis of finance capitalism rather than a crisis of social democracy. The economic model previously pursued was seriously flawed. [...] The only sensible macro-economic policy stance is a tight fiscal policy combined with a loose monetary one.«¹⁰ Um die Gemeinschaftswährung zu erhalten, verfolgen diese Akteure die Strategie, neue europäische Institutionen zu etablieren, wie eine Wirtschaftsregierung, ein europäisches Finanzministerium oder einen ausgebauten europäischen Rettungsschirm beziehungsweise einen europäischen Währungsfonds. Eurobonds sind eine zentrale Forderung, eine expansive Geldpolitik durch die EZB ist umstritten, wird aber ebenfalls breit vertreten.

3. In einer Reihe von Staaten spielen unterschiedliche *national-neoliberale Strategien* eine wichtige Rolle, vor allem in Großbritannien, Deutschland, Finnland, Österreich und den Niederlanden.¹¹ Diese zeichnen sich im Wesentlichen durch eine radikale Ablehnung proeuropäischer Krisenlösungen aus. Ihre Abneigung richtet sich insbesondere gegen jede Form von Eurobonds oder einer expansiven Geldpolitik der EZB. Die VertreterInnen dieser Linie sind vor allem auf die jeweilige nationale Regulationsebene fokussiert und halten an orthodoxen, in der Krise stark irrational wirkenden neoliberalen Prämissen fest. Sie verfügen nicht länger über ein eigenes Projekt zur Krisenlösung, sondern reagieren lediglich defensiv-hegemonial und zielen auf die Zerstreuung der proeuropäischen Strategien: Eurobonds kämen einer »Enteignung der deutschen Bevölkerung« gleich und führten zu einem »Zinssozialismus«.¹² Die Schwäche dieser defensiven Strategie lässt sich auch an dem Rückzug mächtiger neoliberaler Akteure ablesen: Hierzu gehört sowohl der ehemalige EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark, der ehemalige haushaltspolitische Sprecher und Bundestagsabgeordnete der Grünen, Oswald Metzger, der CDU-Steuerexperte Friedrich Merz sowie Ex-Bundesbankchef Axel Weber, der darauf beharrt hatte, dass die Zentralbank alleine für die Geldwertstabilität zuständig sein solle und daher Rettungsschirme, Eurobonds und den Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB strikt abgelehnt hatte.¹³ Aber auch die Rating-Agenturen sind ein Hindernis bei der Einführung von Eurobonds. So kündigte Standard & Poor's an, Eurobonds, sollten diese eingeführt werden, gemäß dem Rating des »schwächsten« Mitglieds der Eurozone zu bewerten.¹⁴ Zu den Akteuren dieser Strategien gehören auch die Vertreter der ordoliberalen Schule, wie sie etwa vom deutschen Ifo-Institut unter der Leitung von Hans-Werner Sinn – einem der größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – vertreten wird. Diese lehnen Eurobonds strikt ab, da das Kernstück ordoliberaler Theorie die *Selbstregulierung* der Marktwirtschaft innerhalb eines Ordnungsrahmens ist. Wenn Banken sich verspekulierten, müssten sie auch die Kosten tragen, bis hin zum eigenen Untergang. Der Staat dürfe sie nicht retten, weil die Möglichkeit seiner unbeschränkten Macht im Keim erstickt werden müsse. Auch verschuldete Staaten dürften nicht gerettet werden, weil damit die disziplinierende Wirkung des Marktes unterlaufen würde. Es werde vielmehr Zeit, »den Geldhahn zu schließen und Krisenländer zu schmerzhaften Reformen zu zwingen«.¹⁵ Nach dem Verursacherprinzip sollen diejenigen zahlen, die die Krise verursacht hätten. Das seien neben den peripheren Regierungen vor allem die AnlegerInnen – also die Pensionsfonds, Banken und Versicherungskonzerne.¹⁶
4. Eine vierte Variante neoliberaler Suchprozesse bilden schließlich die Strategien der *peripheren StatthalterInnen*. Hierunter sollen die Positionen der Regierungen

in Staaten der europäischen Peripherie (Spanien, Portugal, Irland, Griechenland und in Abstrichen Italien) verstanden werden, die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit seit Langem neoliberale Politiken implementieren und die jetzt durch die Notlage ihrer Staaten in eine politische Abhängigkeit von den beiden großen Mitgliedsstaaten Frankreich und Deutschland geraten sind, so dass sie kaum noch eigenständige Politiken formulieren können. Bei den Wahlen in Spanien im November 2011 ging es dementsprechend nur darum, wie die vorgeschriebene Austeritätspolitik umgesetzt wird. Bezeichnenderweise sind die Staatsspitzen in diesen Ländern inzwischen entweder von Technokraten besetzt worden oder aber, wie im Falle Spaniens, wo die SozialistInnen die größte Wahlniederlage seit der Einführung der Demokratie erlitten,¹⁷ von einem konservativen Regierungschef, der vor seiner Wahl versprach, dass seine Regierung, im Unterschied zur Vorgängerregierung, ernsthaft in Brüssel verhandeln werde, dabei aber jede Aussage darüber vermied, worüber verhandelt werden solle.¹⁸

Zurzeit scheint sich die autoritär-neoliberale Strategie, angereichert mit Elementen der national-neoliberalen Strategien, durchzusetzen. Ob diese Konstellation von Dauer ist oder ob das neoliberale Projekt weiter auseinanderdriftet, kann zum jetzigen Zeitpunkt schwer eingeschätzt werden. Das hängt ab vom weiteren Verlauf der Krise und den damit im Zusammenhang stehenden gesellschaftlichen Kämpfen. Allgemein zeichnet sich ab, dass der Neoliberalismus immer weniger in der Lage ist, ein plausibles Wachstumsmodell geschweige denn eine gesellschaftliche Perspektive zu formulieren. Schon in seiner Hochphase hat sich der Neoliberalismus weniger durch die aktive Herstellung eines Konsenses ausgezeichnet. Seine Durchsetzungskraft beruhte vielmehr zu großen Teilen in einer hergestellten Alternativlosigkeit. Es handelte sich um eine passive Revolution.

Die Legitimationskrise des Neoliberalismus fällt nicht zusammen mit einer grundlegenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse, zu nachhaltig wurden diese in den letzten Jahrzehnten institutionell abgesichert. Besonders in der südlichen europäischen Peripherie ist die Ohnmacht der Regierungen und die Alternativlosigkeit innerhalb der etablierten politischen Systeme offensichtlich. Die Mehrheit der Subalternen scheint zunehmend von realistischen politischen Veränderungsmöglichkeiten ausgeschlossen. In Griechenland und Spanien wird aber auch deutlich, dass diese Konstellation dazu führen kann, dass sich eine zunehmende Zahl von Menschen außerhalb des etablierten politischen Systems zu organisieren beginnt. Die sozialen Bewegungen, die vor diesem Hintergrund entstehen, etwa die *Indignados* in Spanien (vgl. Romero Cuevas 2012) oder auch die Bewegung des Synthagma-Platzes in Athen (vgl. Kritidis 2011), verfolgen mit ihrer Forderung nach realer Demokratie ähnlich wie bei den Aufständen in Argentinien 2001/2002 eine Politik außerhalb des etablierten politischen Systems.

Schlussfolgerungen

In der Regulationstheorie wird unterschieden zwischen kleinen und großen Krisen. Kleine Krisen sind Krisen in der Regulation, denen Anpassungen folgen, die aber nichts Grundsätzliches an der Regulationsweise und der Art der Akkumulation ändern. Große Krisen sind hingegen Krisen der Regulation, das heißt, das gesamte regulative Arrangement und eine bestimmte Weise der Akkumulation, ein spezi-

fisches Wachstumsmodell, ist in die Krise geraten und lässt sich nicht mehr durch Anpassung korrigieren. Hierzu zählen etwa die Krise des Fordismus, der eine lange Phase des Übergangs folgte, welche in einer neuen Regulationsweise und in einem neuen Akkumulationsregime mündeten.

Wenn wir uns in einer großen Krise befinden, wofür einiges spricht, dann heißt das, dass das neoliberale Wachstumsmodell an seine Grenzen gestoßen und auf Dauer nicht mehr wiederzubeleben ist. Die Tatsache, dass sich in der Krise die neoliberale Politik noch einmal radikalisiert, widerspricht einem solchen Befund nicht. Ähnliches ließ sich in der Krise des Fordismus beobachten. Auch hier wurde auf die Krise zunächst in den gewohnten Kategorien reagiert und eine fordistische, auf Nachfrage ausgerichtete Politik noch verstärkt.

Vieles deutet darauf hin, dass wir uns auf ein Jahrzehnt der Krise und der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zubewegen. Das einzige Wachstumsmodell, das zurzeit diskutiert wird und eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen kann, ist das Projekt einer »grün-kapitalistischen Modernisierung« (hierzu Institut für Gesellschaftsanalyse 2011, 12 ff.). Auch hier scheinen die sozialen Kräfte auf absehbare Zeit nicht ausreichend zu sein, um ein solches Projekt durchzusetzen. Ob das wünschenswert wäre, ist eine andere Frage.

Der Krisen-Neoliberalismus, wie wir ihn zurzeit erleben, wird noch eine Weile erhalten bleiben. Das heißt, die Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat werden weiter zunehmen. Unter dem Diktat der Finanzmärkte ist die Krise als Instrument zur Disziplinierung ein wirksames Druckmittel, um die noch verbliebene soziale Infrastruktur zu beseitigen.

Wie ich versucht habe zu zeigen, befindet sich das neoliberale Projekt dennoch in einem Stadium, in dem die inneren Brüche und Differenzen wieder stärker hervortreten. Auch die neoliberale Ideologie ist in der Krise. Diese Konstellation birgt Chancen für alternative Bewegungen, oder gegenhegemoniale Projekte, gleichzeitig ist sie aber ausgesprochen gefährlich, weil in sich zuspitzenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht auszuschließen ist, dass rechtspopulistische Bewegungen, wie jetzt schon in Osteuropa zu beobachten, Zulauf erhalten und relevante gesellschaftliche Kräfte auf eine Renationalisierung der Politik setzen beziehungsweise versuchen werden, soziale Auseinandersetzungen zu ethnisieren. In einer solchen Entwicklung könnten die national-neoliberalen Strömungen die Führung übernehmen.

Umso wichtiger ist es, dass sich die Linke europaweit organisiert. Soziale und demokratische Rechte müssen (mindestens) auch europäisch verteidigt werden. Es muss deutlich werden, dass die Kämpfe in Spanien, Griechenland, Italien und Großbritannien der Anfang dieser Auseinandersetzung sind und dass eine Niederlage keine Niederlage der sozialen Bewegungen dort wäre, sondern auf die Kräfteverhältnisse in ganz Europa wirken würde.

Um den Angriff auf die soziale Infrastruktur und den zunehmenden Abbau demokratischer Rechte zu stoppen, müsste sich ein breites Bündnis auf europäischer Ebene formieren, das in der Lage ist, den neoliberalen Konstitutionalismus aufzubrechen und eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse einzuleiten. Voraussetzung wäre eine Entmachtung der Finanzindustrie und eine Zerschlagung derjenigen Banken und Institute, die »too big to fail« sind. Die Bewegungen in Spanien und Griechenland haben gezeigt, dass solche Bewegungen relativ schnell entstehen können, wenn

die etablierte hegemoniale Konstellation an Plausibilität verliert. Diese Bewegungen haben nicht zuletzt die etablierte Linke überrascht (vgl. Romero Cuevas 2012; Kritisidis 2011: 44). Wichtig wäre es, frühzeitig gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln, um nicht nur in Abwehrkämpfen gefangen zu sein. Alternativen, mit denen radikale Reformen eingeleitet werden und die das Terrain der Auseinandersetzung so verändern, dass die Kämpfe um Emanzipation weiter vorangetrieben werden können.

Literatur

- Altvater, Elmar (2007) Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2000) Transnationale Klassen und europäisches Regieren, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hg.) Die Konfiguration Europas, Münster, 189-221.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2002) Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration, London.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2009) The Contradictions of ›Embedded Neoliberalism‹ and Europe's Multi-level Legitimacy Crisis: The European Project and its Limits, in: Ders./Jan Drahoukoupil/ Laura Horn (Hg.) Contradictions and Limits of European Governance, Houndmills, 21-43.
- Bieling, Hans Jürgen (2003) Die neue europäische Ökonomie, in: Beckmann, Martin/ Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank: Eurokapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg, 41-67.
- Bornschier, Volker (2000) The state of the European Union, in: Derselbe (Hg.) Statebuilding in Europe, Cambridge, 264-284.
- Brenner, Neil (2004) New State Spaces, Oxford und New York.
- Buckel, Sonja/ Wissel, Jens (2010) State Project Europe: The Transformation of the European Border Regime and the Production of Bare Life, in: International Political Sociology, Vol. 4, 1/2010, 33-49.
- Buckel, Sonja/ Georgi, Fabian/ Kannankulam, John/ Wissel, Jens (2012) »... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.« Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«: Die EU in der Krise, Münster, 12-49.
- Carroll, William (2010) The making of a Transnational Capitalist Class, London und New York.
- Demirovic, Alex (2001) NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie, in: Brand, Ulrich/ Demirovic, Alex/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim (Hg.) Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster, 141-168.
- Eberhardt, Pia (2012) Lobbyismus und europäische Postdemokratie. Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krise, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«: Die EU in der Krise, Münster, 106-122.
- European Parliament (2004) Debates: Wednesday, 15 September 2004 – Strasbourg: Stability and Growth Pact; <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20040915+ITEM-006+DOC+XML+V0//EN> (Zugriff 17. 10. 2011).
- Genetti, Evi (2010) Europäische Staaten im Wettbewerb, Münster.
- Gill, Stephen (1998) European Governance and New Constitutionalism, in: New Political Economy 3/1, 5-26.
- Gill, Stephen (2000) Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hg.) Die Konfiguration Europas, Münster, 23-50.
- Georgi, Fabian/ Kannankulam, John (2011) Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das »Staatsprojekt Europa«. Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europäische Integration, Nr. 30, Phillips-Universität Marburg.
- Gramsci, Antonio (1991-2002) Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hrsg. v. Bochmann, Klaus/ Haug, Wolfgang Fritz, Hamburg/Berlin.
- Heritier, Adrienne (1999) Policy-Making and Diversity in Europe, Cambridge.

- Hirsch, Joachim (1995) *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin.
- Hirsch, Joachim (2005) *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011) *Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus*, August, http://www.rosalux.de/fi_leadadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf, letzter Zugriff am 6. 1. 2012.
- Jachtenfuchs, Markus (1997) *Die Europäische Union – ein Gebilde sui generis?* In: Wolf, K. D. (Hg.) *Projekt Europa im Übergang?*, Baden-Baden, 15-35.
- Jessop, Bob (2008) *State Power. A Strategic-Relational Approach*, Cambridge.
- Kannankulam, John (2008) *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus*, Münster.
- Kritidis, Gregor (2011) *Griechenland unter dem Diktat der Troika*, in: *Widerspruch* 61, 37-48.
- Krugman, Paul (2011) *The Hole in Europe's Bucket*, in: *The New York Times*, 23 October.
- Macartney, Huw (2009) *Variiegated Neo-Liberalism: Transnationally Oriented Fractions of Capital in EU Financial Market Integration*, in: *Review of International Studies* 35, 451-480.
- Oberndorfer, Lukas (2012) *Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbssetatismus*, in: *Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«: Die EU in der Krise*, Münster, 50-72.
- Offe, Claus (1969) *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme*, in: Kress, Gisela/ Senghaas, Dieter (Hg.) *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt am Main, 135-164.
- Panitch, Leo/ Gindin, Sam (2003/04) *American Imperialism and Eurocapitalism: The making of Neoliberal Globalization*, in: *Studies in Political Economy*, 71/72 Autumn 2003/Winter 2004, 7-38.
- Pollack, Mark A./ Wallace, Helen/ Young, Alasdair A. (2010) *EU Policy-Making in Challenging Times*, in: Wallace, Helen/ Pollack, Mark A./ Young, Alasdair R. (eds.) *Policy-Making in the European Union*, Sixth Edition, Oxford/New York, 486-487.
- Poulantzas, Nicos (2002) *Staatstheorie*, Hamburg.
- Puntscher Riekmann, Sonja/ Mokre, Monika/ Latzer, Michael (Hg.) (2004) *The State of Europe*, Frankfurt am Main/ New York.
- Redak, Vanessa/ Weber, Beat (2010) *Finanzmarktregulierung nach der Krise. Symbolische Politik und Aufrechterhaltung des Status Quo*, in: *Kurswechsel* 1, 76-86.
- Romero Cuevas, Jose Manuel (2012) *Fortbestand der Kritik: Krise und Protestbewegung in Spanien*, in: *Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«: Die EU in der Krise*, Münster, 95-104.
- Scherrer, Christoph (2008) *Bleibt das US-Finanzkapital trotz der Krise hegemonial?* In: *PROKLA* 153, 535-560.
- Sauer, Birgit (2001) *»Vom Nationalstaat zum europäischen Reich? Staat und Geschlecht in der Europäischen Union«*, in: *Feministische Studien* 1, 8-20.
- Tömmel, Ingeborg (2008) *Das politische System der Europäischen Union*, München/Wien.
- Walpen, Bernhard (2004) *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*, Hamburg.
- Walter, Norbert/ Bergheim, Stefan (2008) *»ECB objectives and tasks. Price stability vs. lender of last resort«*, Deutsche Bank Research, Reports on European integration. *EU Monitor* 52, 26 March.
- Wissen, Markus (2011) *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates*, Münster.
- Wissel, Jens (2007) *Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen*, Baden-Baden.
- Wissel, Jens (2010) *Stichwort »Kräfteverhältnisse«*, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* Band 7 II, Hg. von Haug, Wolfgang Fritz u. a., Hamburg, Sp. 1941–1955.
- Wissel, Jens (2011) *Staatsprojekt Europa. Zur Rekonfiguration politischer Herrschaft*, in: *Eurostudia. Transatlantische Zeitschrift für Europaforschung* 7, 1-2, 133-154.
- Wolff, Sebastian (2012) *Erkundung des Terrains. Zur räumlichen Dimension der Krise Europas*, in: *Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«: Die EU in der Krise*, 141-162.
- Ziltener, Patrick (1999) *Strukturwandel der europäischen Integration*, Münster.

Anmerkungen

- 1 Die theoretischen Prämissen und die zentralen Thesen des Artikels sind aus einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekt am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main hervorgegangen (siehe www.staatsprojekt-europa.eu).
- 2 Hieran würde auch die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer in einigen Staaten der EU nichts ändern, wenn sie denn tatsächlich jemals kommen sollte.
- 3 Das Übergewicht deutscher Zeitungen ergibt sich aus der Dominanz Deutschlands im Krisenmanagement der EU. Zu bedenken ist, dass keine Analyse der Konstellation in Frankreich vorgenommen werden konnte, weil hierzu keine umfangreiche sozioökonomische Kontextanalyse vorgenommen werden konnte.
- 4 Das Institut für Gesellschaftsanalyse (2011: 13) identifiziert in seinen aktuellen Analysen eine Strategie des autoritären Neoliberalismus. Diese ist durchaus vergleichbar mit der hier ausgemachten Strömung. Im Unterschied dazu wurde hier das neoliberale Projekt aber hauptsächlich in seiner Haltung zur EU untersucht.
- 5 Süddeutsche Zeitung vom 21. 10. 2011, Wirtschaft; vgl. auch die Beiträge des Wirtschaftsjournalisten und Beraters Wolfgang Münchau in der Financial Times vom 19. 9., 24. 9., 26. 9., 3. 10. und 24. 10. 2011.
- 6 Antonio Gutiérrez Vergara in El País vom 2. 9. 2011, S. 26. Der Autor, selbst Mitglied des Parlaments und der sozialistischen Partei PSOE, beklagt unter anderem, dass es die »sozialistische« Regierung vorziehe, die Vorgaben von Angela Merkel umzusetzen, während die französischen SozialistInnen und die deutschen SozialdemokratInnen eine gemeinsame Initiative zur Einführung von Eurobonds starteten. Joàn Majo hofft wohl vergebens, dass die Verfassungsreform der Preis für die Eurobonds gewesen sei. El País vom 7. 9. 2011, Section: Cataluña, S. 2.
- 7 So der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Anton Börner, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 8. 2011, S. 10, Wirtschaft.
- 8 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 8. 2011, S. 13, Wirtschaft.
- 9 Financial Times vom 14. 10. 2011, S. 7.
- 10 Financial Times vom 11. 6. 2011, S. 13. Siehe auch die Äußerungen des dt. Finanzministers Schäuble in: Financial Times vom 9. 9. 2011, S. 4; vom 16. 9. 2011, S. 4.
- 11 Huw Macartney (2009) zeigt in seiner Studie, dass die Vorstellung von einem einheitlichen neoliberalen Projekt in die Irre führt und geht stattdessen von national unterschiedlich geprägten neoliberalen Klassenfraktionen aus, die sich kontingent und temporär zu einer transnationalen kapitalistischen Strategie zusammensetzen.
- 12 So der FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle während seiner Rede im Bundestag, taz vom 30. 9. 2011, S. 2.
- 13 Ulrike Herrmann, taz, vom 12. 9. 2011, S. 12.
- 14 vgl. taz vom 5. 9. 2011, S. 8.
- 15 Hans-Werner Sinn, Süddeutsche Zeitung vom 27. 10. 2011, Wirtschaft.
- 16 Ders., Süddeutsche Zeitung vom 24. 10. 2011, Wirtschaft.
- 17 El País vom 1. 12. 2011, S. 27.
- 18 El País vom 30. 10. 2011, S. 12.